

**Beschluss des Landesvorstands der FDP Hamburg
vom 30. Januar 2023 (einstimmig)**

Veteranen mit Einsatzerfahrung stärken, fördern, würdigen

Veteranen mit Einsatzerfahrung sind nach unserem Verständnis wie auch nach dem Verständnis des jüngsten FDP-Präsidiumsbeschlusses vom 17.10.22 („Die Bundeswehr stärken, fördern und würdigen“) alle aktiven und ehemaligen Soldaten, die in einem Einsatz oder einer einsatzgleichen Verpflichtung waren, egal in welcher Funktion und unabhängig davon, ob es ein „scharfer“ Einsatz wie in Afghanistan war oder ein Einsatz ohne Kampfhandlungen wie *Enhanced Forward Presence* in Litauen. Nach über 25 Jahren Erfahrung an Auslandseinsätzen gibt es mittlerweile ca. 400.000 Veteranen¹ mit Einsatzerfahrung, von denen die große Mehrheit die Bundeswehr bereits verlassen hat. Man schätzt, dass ca. 20 % von ihnen einsatzgeschädigt sind², sei es körperlich oder seelisch.

Diese soziale Gruppe der Veteranen verdient aufgrund ihrer geleisteten Einsatzerfahrungen besondere Beachtung. Immerhin hat diese den Eid geschworen, „Deutschland tapfer zu verteidigen“ und sich, teils mehrfach, in Einsätzen, d.h. weit weg von Familie und sozialem Umfeld, und in ständiger Gefahr befunden. Sie bedarf auch nach dem Ende ihres Einsatzes bzw. ihres Dienstverhältnisses weiterhin der Anerkennung wie auch der besonderen Fürsorge durch Staat und Gesellschaft.

Daher fordern wir die FDP Hamburg dazu auf, sich dafür einzusetzen, die Wahrnehmung und Akzeptanz von Veteranen mit folgenden Maßnahmen fester in der Gesellschaft zu verankern:

¹ <https://www.mdr.de/religion/krieg-im-kopf-bundeswehr-auslandseinsatz-doku-100.html>

² <https://www.bundeswehr.de/de/betreuung-fuersorge/ptbs-hilfe/trauma-ptbs/statistik>

- Eine Wertschätzungsstrategie gegenüber Veteranen mit Einsatzerfahrung durch Impulse der Politik: Es müssen identitätsstiftende Maßnahmen ergriffen werden, die eine Wertschätzung gegenüber dieser Gruppe deutlich machen. Die gesellschaftliche Debatte zum Thema sollte deutlich gefördert und ausgebaut werden.
- Eine deutliche Entbürokratisierung der Versorgungsfragen für Veteranen mit Einsatzerfahrung, d.h. eine deutlich schnellere Bearbeitung und Entscheidung über die Wehrdienstbeschädigung.
- Eine Umkehr der Beweislast im Wehrdienstbeschädigungsverfahren, damit Betroffene schneller ärztliche Hilfe durch Bundeswehr-Ärzte und Psychologen in Anspruch nehmen können.
- Den Zugang zu Bundeswehr-Ärzten und Psychologen auch für Veteranen mit Einsatzerfahrung, die aus der Bundeswehr ausgeschieden sind, zu ermöglichen.
- Die Schaffung weiterer Stellen für Bundeswehr-Ärzte und -Psychologen
- Einrichtung eines Ehrenmals für in Einsätzen gefallene Soldaten an einem öffentlichen Ort in Berlin, nicht wie heute fern der Öffentlichkeit hinter Kasernenmauern.
- Förderung einer Gedenkkultur für alle gefallenen Einsatzkräfte des Staates – das betrifft alle Blaulicht-Kräfte von Polizei, Bundeswehr, Feuerwehr usw.
- Nutzung des Volkstrauertags auch zur Würdigung der Einsatzveteranen, bei dem Einsätze, Gefallene und allgemein Veteranen mit Einsatzerfahrung stärker thematisiert und als Teil der Gesellschaft positioniert werden.
- Überarbeitung des §31 Soldatengesetz, der die Fürsorgepflicht des Bundes gegenüber den Soldaten und ihren Familien regelt. Es sollte deutlicher formuliert werden, was genau die Fürsorgepflicht des Bundes umfasst und dass Veteranen mit Einsatzerfahrung besonderer Fürsorge bedürfen. Auch sollten die Mechanismen bzw. die Systematik zur Durchsetzung dieser Fürsorgepflicht in einer Durchsetzungsverordnung näher definiert werden.
- Vergabe einer Schirmherrschaft an eine prominente Person für Veteranenbelange und -verbände über alle Vereine, Clubs und Vereinigungen der Veteranenszene hinweg, um die Interessen gegenüber dem BMVg und der Politik zu vertreten.

- Vergabe von Forschungsaufträgen durch den Bund über die soziale Gruppe der Veteranen mit Einsatzerfahrung, zum Beispiel an das ZMSBw³, Militärhistorische Seminar Universität Potsdam, GIDS usw.
- Die Einrichtung von Ansprech- und Begegnungsstellen zunächst auf Kreisebene für Veteranen und ihre Familien. Als Vorbild dient Dänemark, wo es sogar in jeder Gemeinde einen Sozialarbeiter gibt, der sich explizit um Veteranen kümmert.

Die Einrichtung einer Veteranendatenbank, in denen auf freiwilliger Basis im Rahmen der Entlassungsroutine Informationen (Adresse, Einsatzdaten, Krankenstand etc.) zu den wehrfähigen und einsatzfähigen Veteranen aufgeführt werden.

³ Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr